

**Haushaltssatzung
des Kreises Ostholstein
für das Haushaltsjahr 2016**

Aufgrund des § 57 Kreisordnung in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung für das Land Schleswig-Holstein wird nach Beschluss durch den Kreistag vom 08. Dezember 2015 und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde für das Jahr 2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird

- | | | |
|----|----------------------------------------------------------|---------------|
| 1. | im Ergebnisplan mit | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 302.773.200 € |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 314.168.500 € |
| | einem Jahresüberschuss von | |
| | einem Jahresfehlbetrag von | 11.395.300 € |
| 2. | im Finanzplan mit | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus | |
| | laufender Verwaltungstätigkeit auf | 295.894.100 € |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus | |
| | laufender Verwaltungstätigkeit auf | 301.920.700 € |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der | |
| | Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 19.631.000 € |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der | |
| | Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 21.981.000 € |

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | |
|----|------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen auf | 6.018.400 € |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 215.000 € |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 30.000.000 € |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 472,35 Stellen. |

§ 3

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf **36,3 v. H.** der Umlagegrundlagen festgesetzt.

§ 4

Im Teilfinanzplan sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme mindestens 50.000 Euro beträgt.

§ 5

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Landrat seine Zustimmung nach § 57 Kreisordnung i.V.m. § 95 d der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 50.000 Euro.

§ 6

Die zur Durchführung des Haushaltes erforderlichen Bestimmungen sind in den als Anlage beigefügten "Haushaltsregeln" beschrieben.

§ 7

Im Rahmen der Kreditfinanzierung wird der Landrat ermächtigt, ergänzende derivative Finanzgeschäfte zur Optimierung der Zinsausgaben aus den Kreditmarktschulden und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken unter Beachtung der vom Innenminister erlassenen Hinweise (Erlass IM vom 03.12.2012) abzuschließen. Grundlage für derivative Finanzgeschäfte können neue im Rahmen der Haushaltssatzung 2016 von der Kommunalaufsicht genehmigte Kredite und Anschlusskredite für die im Finanzplanungszeitraum fälligen Darlehen sein. Der Vertragsbestand an derivativen Finanzgeschäften darf insgesamt 50% des Gesamtschuldenstandes am Ende des vorangegangenen Haushaltsjahres nicht übersteigen. Das Derivatgeschäft muss in sachlichem Zusammenhang mit einem konkreten Kreditgeschäft stehen. Über die abgeschlossenen Derivatgeschäfte ist unverzüglich, mindestens einmal jährlich zu berichten.

Die **kommunalaufsichtliche Genehmigung** wurde mit Erlass vom 03.02.2016 mit der Festsetzung eines Teilbetrages der Kredite für Investitionen in Höhe von 5.800.000 € erteilt.

Eutin, den

 . Februar 2016





Reinhard Sager
Landrat